



## Artikel 1 (von 8)

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / WND\_MAN / ATit40

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / VK\_MAN / ATit15

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SUL\_MAN / ATit12

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SLS\_MAN / ATit21

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SBM\_MAN / ATit11

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / NK\_MAN / ATit50

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / MZG\_MAN / ATit30

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / KOE\_MAN / ATit16

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / IGB\_MAN / ATit62

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / HOM\_MAN / ATit61

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / DIL\_MAN / ATit22

**Ressort:** Themen\_des\_Tages

**Textname:** tt1-14.protest.ART

**Freie Schlagworte** mitFoto

**Verfasser:** Von Gerhard Franz



und Toni Prinz (SZ) < / I >

# Wütende Proteste gegen

## Spar-Haushalt im Saarland

**Mahnfeuer, Sirenen, Autobahn-Blockade: Beamte und Gewerkschafter demonstrieren vor Landtag**

**Mit massiven Protesten haben sich gestern in Saarbrücken mehr als 500 Landesbedienstete gegen die geplante Kürzung des Weihnachtsgelds zur Wehr gesetzt. Ministerpräsident Peter Müller verteidigte bei der Haushaltsdebatte im Landtag die Sparmaßnahmen.**

Von Gerhard Franz

und Toni Prinz (SZ)

**Saarbrücken.** Vor den Abschluss-Beratungen des Haushalts 2006 haben gestern mehr als 500 Beamte von Polizei, Feuerwehr und Landesverwaltung vor dem Saar-Landtag gegen Kürzungen des Weihnachtsgeldes protestiert. Ab 8.15 Uhr entrollten sie Transparente und zündeten Mahnfeuer an. Zudem nebelten Feuerwehrleute von zwei Drehleitern aus das Saar-Parlament mit künstlichem Rauch ein und ließen über eine mobile Anlage eine Sirene heulen. Weil Feuerwehrautos auf der Autobahn 620 neben einander im Schrittempo fuhren, bildete sich ein Stau. Der Generalsekretär der Saar-CDU, Stephan Toscani, legte dies als Autobahnsperrung aus und kritisierte: „Es ist nicht hinzunehmen, dass Interessengruppen andere Verkehrsteilnehmer nötigen.“

Verdi-Landesleiter Rolf Linsler unterstrich, es sei ungeheuerlich, den Beamten das Weihnachtsgeld um rund zwei Drittel zu kürzen. Gerade Polizisten und Feuerwehrleute setzten täglich ihr Leben zum Wohle der Gesellschaft ein. Linsler rief dazu auf, den Widerstand weiter zu erhöhen. „Ich denke, Peter Müller hat verstanden, dass Beamte weder das Sparschwein noch die Melkkuh für die Schulden des Landes sind.“

Bei der Generaldebatte zum Haushalt 2006 verteidigte Ministerpräsident Müller die Einschnitte beim Weihnachtsgeld der Beamten. Sie sollen den Etat um rund 30 Millionen entlasten. Müller betonte, auch die Angestellten des öffentlichen Dienstes müssten Verzicht üben: „Ich halte das für richtig, weil die Lasten gleichmäßig auf die Schultern verteilt werden müssen.“

SPD-Fraktionschef Heiko Maas sagte, zwar müsse auch der öffentliche Dienst Einsparungen hinnehmen. Seine Partei setze sich jedoch dafür ein, dass von den Kürzungen nur die höheren Besoldungsgruppen der Beamten getroffen würden. Dadurch könne das Land immerhin noch 15 Millionen Euro einsparen.

Gleichzeitig setzten sich Politiker von CDU und Opposition gegen den Vorschlag des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin zur Wehr, das Saarland im Rahmen einer Länderneugliederung aufzulösen. „Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass die Eigenständigkeit des Saarlandes erhalten bleibt“, forderte Müller. Die Haushaltsberatungen werden am heutigen Mittwoch abgeschlossen. >

*Seite C1: Berichte nip/gf/bub*

## **Bildunterschrift**

**Wegen der geplanten Kürzung des Weihnachtsgelds entfachten Feuerwehrleute und Polizisten vor dem Saar-Landtag ein Mahnfeuer. Foto: Becker & Bredel**

---

### **Technische Information:**

**Text-ID:**a20425024





## Artikel 2 (von 8)

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / WND\_MAN / ATit40

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / VK\_MAN / ATit15

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SUL\_MAN / ATit12

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SLS\_MAN / ATit21

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SBM\_MAN / ATit11

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / NK\_MAN / ATit50

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / MZG\_MAN / ATit30

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / KOE\_MAN / ATit16

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / IGB\_MAN / ATit62

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / HOM\_MAN / ATit61

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / DIL\_MAN / ATit22

**Ressort:** Themen\_des\_Tages

**Textname:** tt1-14.protest-komm.ART

### Meinung

## Zu weit gegangen

*Von SZ-Redakteur*

*Ulrich Brenner*

Dass Staatsdiener lautstark gegen Einbußen protestieren, die ihnen die Regierung auferlegt, ist okay. Viele werden für harte Arbeit ohnehin schlecht entlohnt. Aber gerade Uniformträger sollten sich beim Protest korrekt verhalten. Das galt nicht für alle Demonstranten vor dem Landtag. Wer mit Feuerwehrgen die Autobahn blockiert, handelt unverantwortlich. Und wer grundlos Sirenen heulen lässt, verunsichert Unbeteiligte. So erwirbt man keine Solidarität der Bevölkerung.

---

### Technische Information:

**Text-ID:**a20425023





## Artikel 7 (von 8)

Erschienen: 14.12.2005 / SZ / PM\_LOK / BLOK80\_6

Ressort: Lokales

Textname: PM\_MAN.Edition\_1.BLOK80\_6.ART12

# Lautstarke Proteste vor dem Saar-Landtag

## Polizei und Feuerwehr erzürnt

**Saarbrücken.** Die abschließenden Beratungen des saarländischen Landtags über den Haushalt 2006 sind gestern von lautstarken Protesten von Polizisten und Feuerwehrleuten begleitet worden. Vor dem Landtag demonstrierten mehrere hundert Beamte gegen die geplante Kürzung des Weihnachtsgeldes. Feuerwehrleute nebelten von zwei Drehleitern aus den Landtag mit künstlichem Rauch ein. Zahlreiche Feuerwehrfahrzeuge schalteten immer wieder ihre Sirenen ein. Die Gewerkschaft der Polizei (GDP) hatte zu der Protestaktion aufgerufen. Im Landtag diskutierten CDU-Landesregierung und -landtagsfraktion sowie Opposition ebenfalls lautstark über den Haushalt des kommenden Jahres, der am heutigen Mittwoch verabschiedet werden soll. SPD, FDP und Grüne warfen der Regierung Konzeptlosigkeit innerhalb des 3,3 Milliarden-Euro-Etats vor. SPD-Fraktionschef Heiko Maas sagte, die von der Landesregierung vorgelegten Zahlen seien perspektivlos und grausam. Er forderte, dass das Land auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Saar-Uni und benachbarter Unis in Rheinland-Pfalz setzen solle. *dpa*

---

### Technische Information:

Text-ID: a20424594





## Artikel 4 (von 8)

**Erschienen:** 14.12.2005 / SZ / SBM\_MAN / CLAN\_1

**Ressort:** Region

**Textname:** sn1-14.landtag.ART

**Freie Schlagworte** mitFoto

**Verfasser:** von Sz-Redakteur

*gerhard franz* < / I >



# „Sarrazin sollte die Klappe halten“

**Generaldebatte im Landtag zum Haushalt 2006 – CDU und Opposition machen gemeinsam Front gegen Berliner Finanzsenator**

**In der Generaldebatte zum Etat 2006 haben sich gestern Opposition und CDU-Mehrheit im Landtag nicht geschont. Allerdings gab es einen gemeinsamen Gegner: den Berliner Finanzsenator Sarrazin, der dem Saarland das Existenzrecht abgesprochen hatte.**

*von Sz-Redakteur*

*gerhard franz*

**Saarbrücken.** Erneut hat gestern im Landtag bei der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2006 ein harter Schlagabtausch zwischen CDU-Mehrheit und Opposition stattgefunden. Trotz aller Gegensätze gab es einen gemeinsamen Gegner, der von allen sein Fett weg bekam. Das war Thilo Sarrazin (SPD), der Berliner Finanzsenator, der am Wochenende dem Saarland und Bremen das Existenzrecht abgesprochen hatte. Beide Länder seien, so hatte Sarrazin gemeint, wegen ihrer Finanzschwäche nicht überlebensfähig.

Als Erster wies SPD-Fraktionschef Heiko Maas den Vorstoß Sarrazins zurück, der zwar in der Sache Recht habe, weil das Saarland nicht aus eigener Kraft seine Finanzschwäche überwinden könne. Aber, so Maas: „Eine Auflösung des Landes würde ja nicht zu einem Schuldenerlass führen.“ Das Saarland zu einem Anhängsel der Westpfalz zu machen, habe keinen Zweck. Bemerkenswert sei, dass der Vorstoß gerade aus Berlin komme, das noch viel höher verschuldet sei,

obwohl die Bundeshauptstadt bisher von üppigen Finanzhilfen profitiert habe. Maas: „Die haben gelebt wie die Maden im Speck. Deshalb sollte Herr Sarrazin besser die Klappe halten.“

CDU-Fraktionschef Peter Hans nutzte die Debatte, um sich vor dem Hintergrund des Sarrazin-Vorstoßes kritisch mit dem saarländischen Städte- und Gemeindetag und mit SPD-Haushaltspolitiker Reinhold Jost auseinanderzusetzen. Für Hans bedeutet es einen „Tabubruch“, wenn von den saarländischen Städten und Gemeinden die Auflösung des Saarlandes als realistische Perspektive ins Auge gefasst werde. Hier beginne man, so der CDU-Politiker, „einseitig die Schicksalsgemeinschaft von Land und Gemeinden aufzukündigen“. Und weiter: „Wo hat sich das Präsidium des Städte- und Gemeindetages die Legitimation für einen solchen Politikwechsel geholt? Für mich ist es unverständlich, dass die Bürgermeister uns in den Rücken fallen.“ Hans kritisierte ferner, dass Jost zwar lautstark gegen Sarrazin protestiere; wenn der Städtetag aber Ähnliches wie dieser von sich gebe, finde er die Unterstützung der SPD.

Anschließend kam Grünen-Fraktionschef Hubert Ulrich zum Thema Eigenständigkeit, wobei er der Landesregierung vorhielt, dass die Haushaltspolitik keine Perspektive anbiete, „wie wir aus der Misere herauskommen“. Am Beispiel des Bildungsbereichs sagte Ulrich: „Sie sparen an der Zukunft des Landes.“

Stephan Toscani (CDU) wies die Kritik an der Einführung von Studiengebühren zurück. Immerhin spreche das Netzwerk junger Sozialdemokraten, dem auch Maas angehöre, sich ebenfalls für Studiengebühren aus. FDP-Fraktionschef Christoph Hartmann stellte vor dem Hintergrund der Diskussion über die Länderneugliederung fest: „Der Druck wächst auf das Saarland.“ Doch werde zu wenig getan, um zu nachhaltigen Einsparungen zu kommen. Vor allem die Umsetzung des Hesse-Gutachtens mit hohen Einsparpotenzialen lasse zu wünschen übrig.

Dem Vorwurf von Maas, dass die Landesregierung „gemessen an den eigenen Ansprüchen in vollem Umfang gescheitert“ sei, hielt Ministerpräsident Peter Müller entgegen: „Dieses Land ist ein Aufsteigerland und soll es bleiben. Reden Sie dieses Land nicht schlecht.“ In einer Reihe von aktuellen Studien werde belegt, dass das Saarland nicht nur beim Wirtschaftswachstum vorne liege, sondern auch beim Rückgang der Arbeitslosigkeit Punkte mache. Vor diesem Hintergrund sei es erforderlich, die Eigenständigkeit des Saarlandes, das bei einer Fusion mit Rheinland-Pfalz zum „fünften Rad am Wagen“ werde, nach innen und nach außen zu vertreten, so Müller.

Am Ende ging Alfons Vogtel (CDU) auf die SPD-Forderung nach einem durchgängigen Sanierungskonzept ein: „Sie beklagen sich über das Nichtvorhandensein eines strategischen Konzepts, aber wenn es konkret wird, hört man nichts.“

## Hintergrund

**Zuerst Lob** für die Regierung: SPD-Finanzexperte Reinhold Jost begrüßte, dass die Zahl der Betriebsprüfer in Finanzämtern 2006 erhöht werden soll. Die Oppositionsparteien forderten eine noch deutlichere Verstärkung. Finanzminister Peter Jacoby (CDU) hatte zehn zusätzliche Prüfer vorgeschlagen, 18 mehr wollte die FDP, 20 die SPD. Insgesamt fehlten 100 Prüfer, so Hubert Ulrich (Grüne). Denn es gelte, möglichst schnell die Steuerausfälle im Lande zu verringern. Jacoby hielt dagegen: Man könne die von der alten SPD-Landesregierung verursachten Stellenstreichungen bei den Betriebsprüfern nur schrittweise wieder ausgleichen. Deshalb werde ihre Zahl wie schon in den vergangenen Jahren um zehn erhöht. Die CDU-Mehrheit im Landtag stimmte zu. *dgl*

## Bildunterschrift

**Die Demonstration von Feuerwehrleuten wendet sich auch auf der Autobahn gegen Kürzungen beim Weihnachtsgeld. Fotos: Becker&Bredel**

## Beamten-Protest mit Feuer, Rauchbomben und Böllern vor dem Landtag.

---

**Technische Information:**

Text-ID:a20424973

